



SKANDAL

Der große Gasometer-Bluff

Wann erfuhr das Bezirksamt von der Zurückstellung der Uni-Pläne?

Berlin - Der Skandal um die geplatze Gasometer-Uni weitet sich aus: Nach KURIER-Informationen könnten sich die Ungereimtheiten beim Genehmigungsverfahren äußerst lukrativ für den Bauherrn Reinhard Müller (KonzeptPlus) auswirken. Der Senat will das Vorhaben trotzdem nicht inhaltlich prüfen.

Der große Bluff des Reinhard Müller: Ein Lehrstück über Gutgläubigkeit, geschickte Übertreibungen und zielstrebige Lobbyarbeit. Eine Mischung aus "Der Clou" und "Des Kaisers neue Kleider".

Erster Akt: der Köder. Der SPD-nahe Müller erwirbt 2007 mit hoch gelobten Plänen für ein Energie-Forum samt Uni von der Gasag das insgesamt 64 000 Quadratmeter große Gelände. Kaufsumme für das Hauptareal: Rund eine Million Euro. Dabei soll es schon damals zehn Millionen Wert gewesen sein. Den Nachlass gab's wegen vergifteter Böden.

Der Abgeordnete Lars Oberg (SPD) kennt noch ganz andere Zahlen: "Baureif entwickelt könnte das Areal einen Wert von bis zu 100 Millionen Euro haben, so hieß es jedenfalls vor der Wirtschaftskrise."

Zweiter Akt: Tricksen und Übertreiben. Müllers Visionen (bis zu 5000 Arbeitsplätze, eine Energie-Uni mit 15 Lehrstühlen und 500 Studenten, Hotels, Firmenrepräsentanzen, Büros) werden von der Stadtentwicklungsverwaltung und von ehrgeizigen Bezirkspolitikern nur zu gern geglaubt. Die genannten Summen können in der Tat schwindelig machen: Bis zu 500 Millionen Stiftungskapital für die Uni, dazu 500 Millionen Bausumme. Die SPD-Fraktionschefin Elke Ahlhoff: "In fast allen Fraktionen gab es breite Zustimmung, vom Uni-Konzept waren fast alle überzeugt."

So überzeugt, dass es Müller nicht einmal schadet, wenn er es mit seinen Versprechen nicht allzu genau nimmt. Beispiel? Seit 2007 sollte der Gasometer laut Müller saniert werden – sichtbar passiert ist bis heute nichts. Das 78 Meter hohe Industriedenkmal rostet weiter vor sich hin. Doch, es sei etwas passiert: "Nur sehen kann man es nicht", relativierte Müller vor wenigen Tagen. Neues Versprechen: "Nächsten Monat werden wir an einer Referenzstelle anfangen."

Beispiel Uni-Investoren: Die gab es angeblich noch in diesem Sommer reichlich, sie wollten sich aber angeblich erst im Herbst präsentieren. Ende Oktober stellten Müller und sein Berater Andreas Knie vom Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) klar: Es gibt keine. Knie: "Nicht in dieser Zeit, nicht in dieser Wirtschaftslage." Deshalb soll das Uni-Projekt erst "in etwa fünf Jahren" (Müller) erneut betrachtet werden.

Dritter Akt: Große Namen zerstreuen aufkommende Zweifel am Projekt: Zur offiziellen Gründungsversammlung von Müllers "Europäischem Energieforum" (Euref) im Rathaus Schöneberg im November 2008 kommen Frank-Walter Steinmeier (SPD, damals Außenminister) und Sigmar Gabriel (SPD, damals Umweltminister). Angela Merkel schickt beste Grüße.

Keine drei Monate nach der Euref-Taufe wird der zentrale Baustein, die Energie-Uni, vom Wissenschaftszentrum Berlin plötzlich als völlig unrealistisch eingeschätzt. Dennoch wird auf Wunsch Müllers die "Hochschule" als Langfristziel aufrechterhalten. Den Grund nennt der damalige Euref-Sprecher Gerhard Hoffmann im März: "Insbesondere in Reihen der Politik ist die Hochschulidee immer noch sehr präsent und darf daher nicht fallen gelassen werden." Hofmann weiß: Es sind noch vier Monate bis zur entscheidenden BVV-Sitzung. Als weitere Prominente werden Lothar de Maizière und Joschka Fischer gewonnen.

Das furiose Finale: Nur wenige Wochen vergehen nach der Zustimmung der BVV zum Bebauungsplan (und der damit verbundenen Wertsteigerung des Grundstücks), bis Müller und sein Berater Andreas Knie (WZB) die Uni-Pläne am 29. Oktober auf die lange Bank schieben.

SPD-Mann Lars Oberg kann es kaum fassen: "Durch den Trick sitzt Müller jetzt auf einer Goldgrube, die er je nach Bedarf ausbeuten kann, notfalls mit einem gesichtslosen Büroquartier. Dazu müssen die Anwohner Bauhöhen akzeptieren, die es ohne Uni nie gegeben hätte." Joern Oltmann (Grüne): "Unglaublich. Wir werden nachforschen, wann das Bezirksamt informiert wurde."

Der Vorhang fällt. Im Abspann ist noch zu erfahren: Die Verwaltung von Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer (SPD) wird den Bebauungsplan nur "formal" prüfen, nicht inhaltlich. Das war's. War da was?

SN

Berliner Kurier, 11.11.2009

Lesen Sie auch:

Denkmal für Georg Elser
Die Blitz-Sparer vom Senat